

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg  
Familie, Personal, Diversity und  
Straßen- und Grünflächenamt  
Bzbm GleichB  
Petra Koch-Knöbel

Berlin, den 06.02.2021  
Tel. 90298-4111/4109  
Fax 90298-4177  
E-Mail: [petra.koch-knoebel@ba-fk.berlin.de](mailto:petra.koch-knoebel@ba-fk.berlin.de)

## **Gleichstellungspolitischer Bilanzbericht der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg von 2016 bis 2021**

1. Einleitung
2. Rechtsgrundlagen
3. Gleichstellungspolitische Arbeitsschwerpunkte der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
  - 3.1 Zwangsverheiratung
  - 3.2 Häusliche Gewalt
  - 3.3 Öffentlichkeitsarbeit zu Zwangsverheiratung und häuslicher Gewalt – Fachtagungen/Erstellung von Informationsmaterialien von 2016 bis 2021
  - 3.4 Kriterien und Maßnahmenplan zum Verbot von frauenfeindlicher, sexistischer und diskriminierender Werbung im Bezirk
  - 3.5 Equal Pay Day-Aktivitäten  
Internationaler Aktionstag für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern
  - 3.6 Öffentlichkeitsarbeit - Fachtagungen und Veranstaltungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
    - 3.6.1 Frauenmärz-Aktivitäten (siehe auch 3.6.2)
    - 3.6.2 Übersicht über Fachtagungen und Veranstaltungen
  - 3.7 Gleichgeschlechtliche Lebensweisen
  - 3.8 Implementierung von Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung und bezirkliches gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm
4. Fazit

### **1. Einleitung**

Der vorliegende gleichstellungspolitische Bilanzbericht bildet aufgrund der ambitionierten Berichtsvorgaben nur einen Teil der frauen- und genderpolitischen Arbeit ab. Die externen Gremien auf bezirklicher, landes- und bundesweiter Ebene (wie z.B. Staatssekretärsausschusssitzung Gleichstellung, Senatssitzung, Sitzung der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die AG-Sitzung der Senatsverwaltung Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zur Erarbeitung eines Berlin weiten Kriterienkatalogs und einer Berlin weiten Jury gegen sexistische und

frauenfeindliche Werbung, wissenschaftliche Beiratssitzungen etc. an denen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten teilnimmt, bleiben in diesem Bericht unberücksichtigt.

Der Bilanzbericht hat gezeigt, dass die gesamtgesellschaftliche Gleichstellung von Frauen bei weitem noch nicht in dem Umfang realisiert wurde, wie es beispielsweise gesetzlich vorgeschrieben ist.

Frauen und Mädchen sind nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, erhalten bei gleicher Qualifikation niedrigere Löhne und Gehälter als Männer, beziehen eine geringere Rente als Männer, sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, sind häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen anzutreffen (Minijobs, 450 €-Jobs, Teilzeitbeschäftigungen etc.) haben weniger Chancen sich als Führungskräfte zu entwickeln, müssen nach wie vor Familienpflichten/Reproduktionsaufgaben und Berufstätigkeit vereinbaren und sind von häuslicher und außerhäuslicher Gewalt/sexuellem Missbrauch und Zwangsverheiratungen betroffen etc.

Dennoch kann unser Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nicht nur auf eine interessante frauenpolitische Geschichte zurückblicken (Lina Morgenstern: Gründerin zweier Volksküchen 1866; Franziska Tiburtius: gynäkologische Frauenpraxis; Alice Salomon: Begründerin der sozialen Frauenschule; die Komponistin und Musikerin Fanny Hensel und die Widerstandskämpferinnen Minna Fritsch und Ursula Gölze, um nur einige zu nennen), sondern er hat auch im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht zuletzt durch die frauenpolitische Aufgeschlossenheit vieler Bezirkspolitiker und Bezirkspolitikerinnen viele wichtige frauenpolitische Forderungen realisiert so z.B.:

Die Entwicklung der Frauenpolitischen Leitlinien, die Gründung des Frauenbeirats für Stadtplanung, einem Zusammenschluss von Architektinnen, Stadtentwicklungsplanerinnen, Projekten, interessierten Bürgerinnen und der Bezirkspolitik zur Verbesserung der frauenspezifischen Stadtplanung, die Entwicklung des FrauenNetzwerks - Verein zur interkulturellen Förderung der Selbständigkeit und Vernetzung von Frauen e.V. (Existenzgründerinnenzentrum), die Verabschiedung des Aktionsplans gegen häusliche Gewalt mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, der in Kooperation mit den bezirklichen Akteuren/Akteurinnen aus der Verwaltung, den Antigewaltprojekten, Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen, Polizei, Justiz und der Schule entstanden ist.

Das bezirkliche Aktionsbündnis gegen häusliche Gewalt ist ein Zusammenschluss von Antigewaltprojekten, der Täterarbeit, Polizei, Justiz und Verwaltungseinrichtungen des Bezirkes.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg war der erste Berliner Bezirk, der sich Anfang 2002 nach Beratungsfällen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten intensiv mit dem Thema Zwangsverheiratung beschäftigt und in Kooperation mit Terre des Femmes und verschiedenen Antigewaltprojekten eine Öffentlichkeitskampagne mit Informationsflyern zum Thema in mehreren Sprachen und einer Informationsbroschüre gestartet hat. Die Informationsflyer wurden allen Berliner Bezirken und auch allen Verwaltungseinrichtungen des Bundesgebietes zur Verfügung gestellt. Seit 2005 werden in regelmäßigen Abständen Berlin weite Befragungen zum Ausmaß von Zwangsverheiratung in Kooperation mit der Frauensenatsverwaltung durchgeführt. Die Koordination des Berliner AK gegen

Zwangsverheiratung sowie die AG Schulaktionen gegen Gewalt liegen bei der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Das Frauenprojekteplenum existiert seit 1993 und ist ein Netzwerk der bezirklichen und überbezirklichen Frauen- und Mädchenprojekte aus dem Antigewaltbereich, dem Qualifizierungs-, Migrantinnen- und sozio-kulturellem Bereich, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter. Das Gremium beschäftigt sich mit genderrelevanten Themen, die zu einer Verbesserung der sozialen Situation von Frauen im Bezirk und zur Gleichstellung beitragen sollen.

Unser Bezirk hat sich des Weiteren sehr engagiert an der Pilotphase und Implementierung von Gender Mainstreaming beteiligt. Erfolgreich gearbeitet wurde sowohl im Pilotprojekt Gender Mainstreaming in der Bauaufsicht als auch in der Sportförderung. In den vergangenen 13 Jahren hat sich die Sportförderung mit verschiedenen Genderprojekten besonders unter dem Aspekt der gleichberechtigten Teilhabe an Sportangeboten für Mädchen und Frauen sehr intensiv und überaus erfolgreich mit der Implementierung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting beschäftigt. Auch der Bereich Genderbudget arbeitet erfolgs- und zielorientiert an einem gegenderten Haushalt.

Seit 2014 beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Verbot von frauenfeindlicher, diskriminierender und sexistischer Werbung auf bezirkseigenen Werbeplakaten. Das Gremium hat aufgrund eines Beschlusses der BVV einen umfangreichen Kriterienkatalog gegen frauenfeindliche, diskriminierende und sexistischer Werbung erarbeitet und wird im Rahmen einer Jury die Einhaltung des Beschlusses kontrollieren.

## **2. Rechtsgrundlagen**

Grundgesetz Artikel 3, Abs. 2

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“

Der Verfassungsauftrag der Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern wird in Berlin u.a. durch Artikel 10 der Verfassung von Berlin (VvB) und das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) verwirklicht.

Für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke ist der § 21 Abs. 1-5 LGG Landesgleichstellungsgesetz Grundlage der Arbeit

§ 21 Landesgleichstellungsgesetz, Verwirklichung des Gleichstellungsgebots in den Bezirken  
 (1) Der Verfassungsauftrag der Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern ist bei der Wahrnehmung von Aufgaben und der Planung von Vorhaben in der Verwaltung zu beachten und gehört zu den Aufgaben der Berliner Bezirksverwaltungen. Dazu bestellen die Bezirksamter eine hauptamtlich tätige Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte. Die Dienstaufsicht über die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte übt die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister

aus. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte mit den notwendigen personellen und sachlichen Mitteln auszustatten.

(2) Das Bezirksamt informiert die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte unverzüglich über Vorhaben, Programme, Maßnahmen und Entscheidungen, die ihre Aufgaben berühren, und gibt ihr vor einer Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme.

3) Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte regt Vorhaben und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen im Bezirk an. Sie arbeitet insbesondere mit gesellschaftlich relevanten Gruppen, Behörden und Betrieben zusammen. Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte informiert die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs.

(4) Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte gibt dem Bezirksamt Empfehlungen zur Verwirklichung des Gebots zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu kann sie das Bezirksamt innerhalb einer angemessenen Frist zur Stellungnahme auffordern.

(5) In Angelegenheiten, die frauenpolitische Belange oder Fragen der Gleichstellung berühren, kann die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte über das Bezirksamt Vorlagen zur Kenntnisnahme in die Bezirksverordnetenversammlung einbringen.

### **3. Gleichstellungspolitische Arbeitsschwerpunkte der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten**

#### **3.1 Zwangsverheiratung**

##### **Aktivitäten und Netzwerkarbeit/Öffentlichkeitsarbeit**

Seit 2002 liegt die Koordination des Berliner Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratung bei der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg. Vielfältige Hilfeangebote im Rahmen der Antigewaltarbeit und mehrsprachige Infomaterialien gegen Zwangsverheiratung werden kontinuierlich erarbeitet, Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen und Seminare für Fachkräfte, Sozialarbeiter/innen und Lehrkräfte initiiert und Workshops, Schulaktionen sowie Unterrichtseinheiten für Schüler/innen an Schulen angeboten. Außerdem werden regelmäßig in Kooperation mit dem LISUM und der Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Lehrkräfte-Fortbildungen zum Thema Zwangsverheiratung durchgeführt.

##### **Empirische Untersuchungen zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin**

Seit 2005 führt die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in regelmäßigen Abständen empirische Studien zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin durch. (2007, 2013, zuletzt 2017).

Ziel der Umfragen war primär, Hinweise zum Ausmaß dieser Form von Gewalt und ggf. zu neuen Entwicklungen im Kontext dieses Phänomens zu den Vorjahren zu erhalten.

Im Befragungszeitraum 2017 wurden insgesamt 570 Fälle von (versuchter und erfolgter) Zwangsverheiratungen konstatiert (460 Fälle 2013). Mit 93 % waren größtenteils Mädchen

und Frauen betroffen. 7 % der Betroffenen waren männlich. Die meisten Betroffenen waren zwischen 16 und 21 Jahre alt. Bei knapp der Hälfte der Jungen und jungen Männern sowie bei vier Frauen war den Beratungseinrichtungen deren Homosexualität bekannt.

In mehr als der Hälfte (283 von 504 Fällen) der bekannt gewordenen Fälle war die Zwangsverheiratung noch nicht erfolgt, sondern die Betroffenen berichteten von konkreten Planungen bzw. befürchteten, zwangsverheiratet zu werden. Der Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung wertet dies als positives Anzeichen dafür, dass sich immer mehr Betroffene ihrer Rechte bewusst sind und die vorhandenen Unterstützungsangebote kennen und auch nutzen. So steigen die Möglichkeiten, eine Zwangsverheiratung zu verhindern.

Das zeigt auch, dass durch Maßnahmen wie Workshops an den Schulen, Fortbildungen für Fachkräfte etc. das Wissen und die Sensibilität für die Thematik Zwangsverheiratung in den verschiedenen Einrichtungen gewachsen ist, was dazu führt, dass Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen und eben auch die Betroffenen selbst sich häufiger als früher an Beratungsstellen wenden.

Detaillierte Befragungsergebnisse siehe link. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/zwangsheirat/>

Die Infobroschüre des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung wird seit 2007 in regelmäßigen Abständen (2010, 2013, 2015 und zuletzt 2018) redaktionell überarbeitet und von BIG mit Hilfe von Lottomitteln veröffentlicht.

Ebenso wurden die anfangs 2008 erarbeiteten (und 2012 aktualisierten) Broschüren „Unterrichtseinheiten zu den Themen Zwangsverheiratung, Häusliche und sexualisierte Gewalt“ und die Broschüre „Material für die Unterrichtsgestaltung an Schulen“ - Gleichstellung, Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und Sexueller Missbrauch“ 2016 neu überarbeitet.

### **Daraus ergaben sich folgende Forderungen des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung**

1. Finanzielle Absicherung und Weiterentwicklung der vorhandenen Beratungseinrichtungen, Kriseneinrichtungen und Präventionsangebote für die besonderen Bedarfe der Unterstützung bei Gewalt im Namen der Ehre.
2. Berlin sollte eine Handreichung für ein behördenübergreifendes, interdisziplinäres Handlungskonzept für Fachkräfte in Bezug auf Gewalt im Namen der Ehre entwickeln. Gute Praxisbeispiele wie die Rundschreiben (Nr. 16/2006 und Jug 2/2005) der Senatsverwaltung für Jugend mit Informationen zum Thema Zwangsverheiratung für die Berliner Schulen bzw. zu Hilfen für jungen Volljährige sind hierbei einzubeziehen und weiterzuentwickeln.
3. Berlin muss sich dafür einsetzen, dass auch der Zwang zum Eingehen einer eheähnlichen Verbindung unter Strafe gestellt wird, d.h. eine Erweiterung des § 237 StGB. Damit schließt sich der Berliner AK gegen Zwangsverheiratung der Empfehlung des Deutschen Juristentages an, auch religiöse Eheschließungen unter den Tatbestand der Zwangsverheiratung zu stellen.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen (2018) wurde der Forderung des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung Rechnung getragen.

4. Der Berliner AK fordert die Entwicklung und das Vorhalten von Fortbildungsangeboten für Behörden und Institutionen insbesondere für den Bereich der Justiz zum Thema Zwangsverheiratung
5. Der Berliner AK fordert des Weiteren die Einbeziehung des Themas Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre in die Curricula der relevanten Berufsgruppen wie Lehrkräfte, Polizei und Sozialwesen etc.
6. Beratung und sichere Unterbringung auch für Paare und betroffene (junge) Männer. Hierbei muss insbesondere auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass einige Menschen aufgrund von Homosexualität gefährdet sind. Durch die Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt sollte es zudem eine Erweiterung des Geschützten Marktsegments in diesem Bereich geben.

### **Ergebnis: Entwicklung einer LSBTI\*-Zufluchtswohnung**

Aus diesen Erkenntnissen und Forderungen folgte, dass sich der Berliner AK gegen Zwangsverheiratung in Kooperation mit der AWO Spree-Wuhle e.V. und dem Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD) Anfang 2018 mit der innovativen und bundesweit einmaligen Projektentwicklung einer Krisenwohnung für von Zwangsverheiratung betroffene junge Männer beschäftigt hat und diese im Sommer 2019 mit finanzieller Unterstützung der Senatsverwaltung Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ihre Arbeit aufnehmen konnte. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/zwangsheirat/>

Die LSBTI\*-Zufluchtswohnung ist ein Ort auf Zeit und bietet für erwachsene LSBTI\*-Personen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind, von häuslicher Gewalt und/oder Gewalt im Namen der Ehre betroffen sind eine anonyme, temporäre Unterkunft

## **3.2 Häusliche Gewalt**

### **Aktivitäten und Netzwerkarbeit/Öffentlichkeitsarbeit**

**Die AG Schulaktionen** ist ein Gremium des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung. Die AG Schulaktionen hat mittlerweile zwei Broschüren entwickelt von Ansprechpartnern/Ansprechpartnerinnen ausgewählter Antigewaltprojekte, kommunalen Beratungseinrichtungen, Polizei, Projekte- und Beratungsschwerpunkte und Literaturempfehlungen für die Gestaltung des Unterrichts an Schulen. Des Weiteren wurden Unterrichtseinheiten zu den Themen Gleichstellung von Männern und Frauen, sexueller Missbrauch, häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung für die Präventionsarbeit an den Schulen erarbeitet. Die AG führt Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter\*innen durch und bereitet Workshops für Schüler\*innen und Projekttag für Schulen vor.

### **Aktionsbündnis gegen häusliche Gewalt**

Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss von Antigewaltprojekten, der Täterarbeit Polizei, Sozial-, Gesundheits- und Jugendamt, Justiz, Schule und interessierten Bürger/innen des Bezirkes.

### **Datenlage zur häuslichen Gewalt in Berlin und im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**

Seit **2006** werden jährliche Erhebungen bezüglich der Datenlage zur häuslichen Gewalt in Berlin und im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg durchgeführt. Die Erhebung umfasst die Frequentierung der Berliner Frauenhäuser und Frauenzufluchtwohnungen sowie die Inanspruchnahme der telefonischen Beratung der BIG-Hotline und statistische Aussagen zur Täterarbeit in Berlin und der Stop-Stalking-Beratung für von Stalking Betroffene.

**Seit 2002 erfolgt in regelmäßigen Abständen die Aktualisierung der Broschüre Hilfen für Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen.**

**2020 wurde die Infobroschüre** „Beratungs- und Anlaufstellen für Frauen und Mädchen in Gewaltsituation – Häusliche und sexualisierte Gewalt, Zwangsverheiratung, Gewalt in der Sexarbeit/Prostitution, Menschenhandel, Stalking“ aktuell überarbeitet und veröffentlicht. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/aktuelles/>

**Der Notfallflyer für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen** erfreut sich bei den Bürgerinnen großer Beliebtheit und wird neben den Flyern gegen Zwangsverheiratung in mehreren Sprachen gerne vom Jobcenter und vielen Frauenberatungseinrichtungen genutzt.

### **3.3 Öffentlichkeitsarbeit zu Zwangsverheiratungen und häuslicher Gewalt - Fachtagungen/Erstellung von Informationsmaterialien von 2016 bis 2021**

- ✚ Fachtagung zu häuslicher Gewalt und die Folgen für betroffene Frauen und Kinder (2016)
- ✚ Fachtagung zu Gesundheitlichen Folgen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt (2017)
- ✚ Veröffentlichung der Infobroschüre „Handlungsempfehlungen für die Berliner Jugendämter – Intervention bei Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen in traditionell-patriarchalen Familien“ 2017  
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/zwangsheirat/>
- ✚ Fachgespräch zur Istanbul Konvention am 30.10.2017 in Kooperation mit dem Institut für Menschenrechte
- ✚ Fachtagung „Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen (2018)
- ✚ Veröffentlichung der Infobroschüre des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung (2018)  
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/zwangsheirat/>

- ✚ Fachveranstaltung zur Gewaltschutzambulanz und die Entwicklung von häuslicher Gewalt in Berlin (2019)
- ✚ Fachveranstaltung mit „HEROES“. „Junge Männer aus patriarchalen Familienstrukturen setzen sich für die Gleichberechtigung von Frauen ein“, Präsentation des neuen HEROES parents project. (2019)
- ✚ Vorbereitung des 15- jährigen Gedenktages Hatun Sürücü (Präsentation der Evaluierungsergebnisse der Berlin weiten Befragung zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen und Forderungen des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung) 2020
- ✚ Aktualisierung von Infomaterialien zu Zwangsverheiratung in mehreren Sprachen 2020

### **3.4 Kriterien und Maßnahmenplan zum Verbot von frauenfeindlicher, sexistischer und diskriminierender Werbung im Bezirk**

#### **Aktivitäten und Netzwerkarbeit/Öffentlichkeitsarbeit**

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat mit der Drucksache 1013-01/IV am 26.2.2014 eine Initiative gegen frauenfeindliche, sexistische und diskriminierende Werbung ergriffen und beschlossen, Verträge für die bezirkseigenen Werbeflächen im Rahmen der Vertragsfreiheit so anzupassen, dass die Präsentation von diskriminierender, frauenfeindlicher und sexistischer Außenwerbung auf bezirkseigenen Flächen nicht mehr zulässig ist. 2014 hat sich eine Arbeitsgruppe und Jury gebildet mit folgender Zielstellung: Erstellung von bezirks- und evtl. Berlin weiten Kriterien/Richtlinien gegen frauenfeindliche, sexistische und diskriminierende Werbung unter Einbeziehung von Diversity-Aspekten. Des Weiteren sollen Selbstverpflichtungserklärungen für Medien (Rundfunk, Zeitschriften, Fernsehen etc.) erarbeitet werden, auf frauenfeindliche, sexistische und diskriminierende Werbung zu verzichten. Außerdem wird eine Öffentlichkeitskampagne (Plakate, Flyer, Postkarten etc. gedruckt), um die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

#### **AG Gegen Frauenfeindliche, sexistische und diskriminierender Werbung**

Die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe liegt bei der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Die AG tagt in regelmäßigen Abständen, hat 10 Kriterien und entsprechende Konkretisierungen erarbeitet sowie ein Handlungsleitfaden zum Umgang mit frauenfeindlicher, sexistischer und diskriminierender Werbung und Infomaterial für Bürger\*innen entwickelt.

**Die Jury** wurde 2014 einberufen und hat die Aufgabe im Fall von Zuwiderhandlungen im Auftrag der BVV tätig zu werden, die Einhaltung des Beschlusses zu kontrollieren und entsprechend zu intervenieren.

Die AG veröffentlichte nach der Erarbeitung der Kriterien gegen sexistische, frauenfeindliche und diskriminierende Werbung die Info-Broschüre „Sexism Shouldn't Sell“, die detaillierte Informationen zu sexistischer, frauenfeindlicher und diskriminierender Werbung beinhaltet.

<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/frauenfeindliche-werbung/>



Außerdem wurden Postkarten „Die rote Karte“ entwickelt, mit der sich Bürger\*innen mit Ihrer Beschwerde gezielt an den Deutschen Werberat oder an Werbegesellschaften wenden können.

Da sich das Verbot gegen sexistische, frauenfeindliche und diskriminierende Werbung ausschließlich auf die 23 bezirkseigenen Werbetafeln bezieht und die jeweiligen Abteilungen des Bezirksamtes diesen Passus in die Vertragsgestaltung mit den Werbegesellschaften aufgenommen haben, wurden seit 2015 keine Verstöße im Bezirk konstatiert.

Allerdings bezogen sich Beschwerden von Bürger\*innen des Bezirkes gegen sexistische und frauenfeindliche Werbung (Venus-Messe, Bordellwerbung etc.) auf private und andere öffentliche Flächen im Bezirk z.T. auch auf U-Bahnhöfen und Plätzen, Lieferfahrzeuge von Firmen, auf die die Jury keinen Einfluss hat. Diese Beschwerden wurden an den Deutschen Werberat weitergeleitet, aber selten geahndet. Träger der Selbstkontrollenrichtung des Deutschen Werberats sind 45 Werbegesellschaften.

Da es bislang noch kein Berlin weites Gremium gegen sexistische und frauenfeindliche Werbung gab, wurden im Zeitraum von 2015 bis 2020 insgesamt 48 Beschwerden von Berliner Bürger\*innen bekannt, die sich an die Geschäftsstelle gegen sexistische, frauenfeindliche und diskriminierende Werbung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg wandten.

2015	10
2016	7
2017	8
2018	8
2019	9
2020	6

In einzelnen Fällen konnten persönliche Gespräche mit Geschäftsinhaber\*innen geführt werden, die die kritisierte Werbung aus der Auslage entfernten. Beschwerden wurden auch an die jeweiligen Werbegesellschaften oder an die BVG weitergeleitet mit der Bitte um Intervention. Auch frauenfeindliche, sexistische Werbung von Parteien wurde von den Berliner Bürger\*innen kritisiert. Eine juristische Prüfung durch das bezirkliche Rechtsamt ergab jedoch, dass es keine Handlungsmöglichkeiten gibt, diese Werbung zu entfernen.

### **Forderung der bezirklichen AG gegen sexistische, frauenfeindliche und diskriminierende Werbung nach einem Berlin weiten Gremium gegen sexistische, frauenfeindliche Werbung im öffentlichen Raum**

#### **Hintergrund**

Angesichts der Tatsache, dass die Forderung nach einem Verbot von sexistischer und frauenfeindlicher Werbung in Berlin im Berliner Koalitionsvertrag verortet ist, ist es dem Senat ein wichtiges Anliegen, mit einem Rahmenkonzept und der Einrichtung eines Expert\*innengremiums diskriminierende und sexistische Werbung im Land Berlin zu reduzieren und zu verhindern. Der Ausschluss diskriminierender und sexistischer Werbung wurde außerdem zu einer Vergabebedingung und das Zeigen solcher Werbung in den

aktuellen Verträgen der SenUVK mit Außenwerbefirmen für unzulässig erklärt. Die SenJustVA hat die Federführung für die Entwicklung und Umsetzung eines Rahmenkonzeptes gegen diskriminierende und sexistische Werbung übernommen.

Der Deutsche Werberat übernimmt eine wichtige Rolle in der Kontrolle ethischer Standards in der Werbewirtschaft, allerdings wird rund 70% der Beschwerden nicht stattgegeben. Dies wird seitens einzelner Bezirke, öffentlicher Stellen und frauenpolitischer Initiativen immer wieder bemängelt.

Neben einzelnen Bezirken im Land Berlin haben bereits mehrere Städte Verbote gegen sexistische Werbung ausgesprochen (u.a. Frankfurt, Leipzig, Bremen, München, Flensburg, Ulm), in anderen Städten wird darüber diskutiert (Hamburg, Hannover). In den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte wurden bereits vor einigen Jahren Juries auf bezirklicher Ebene eingerichtet.

In die Entwicklung des Konzeptes wurden Vertreterinnen der SenGPG, der SenUVK und der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke (LAG) mit eingebunden. Die bezirkliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte ist als Expertin und Vertreterin der LAG in die Jury berufen worden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden von Seiten der zuständigen Senatsverwaltung noch keine Sitzungen durchgeführt.

### **3.5 Equal Pay Day-Aktivitäten**

#### **Internationaler Aktionstag für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern**

Der Equal Pay Day markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied, der laut Statistischem Bundesamt aktuell 20 Prozent in Deutschland beträgt. Umgerechnet ergeben sich daraus 73 Tage und das Datum des nächsten EPD am 14. März 2021.

Angenommen Männer und Frauen bekommen den gleichen Stundenlohn: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden.

#### **Gender Pay Gap**

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer, das hat das Statistische Bundesamt berechnet. Als Gender Pay Gap oder geschlechtsspezifische Lohnlücke wird die prozentuale Differenz zwischen Männer- und Frauenlohn im Verhältnis zum Männerlohn bezeichnet.

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl nur sehr langsam verringert. Damit bleiben wir Schlusslicht im internationalen Vergleich. Nur in Estland und der Tschechischen Republik ist die Lücke noch größer.

Ein Teil dieser Lohnlücke lässt sich auf sogenannte strukturelle Unterschiede zurückführen. Viele Frauen erlernen Berufe, die schlechter bezahlt sind, arbeiten seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit oder in Minijobs. Doch selbst wenn man diese Faktoren herausrechnet und sich Frauen und Männer anschaut, die in der gleichen Branche und gleichen Position gleich viel arbeiten, dann ergibt sich in Deutschland immer noch eine nicht zu erklärende Lohnlücke von sechs Prozent.

Der Equal Pay Day, der Tag der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied, der laut Statistischem Bundesamt aktuell 21 Prozent in Deutschland beträgt. Umgerechnet ergeben sich daraus 79 Tage (21,6 % von 365 Tagen), die Frauen umsonst arbeiten.

Seit 2010 beteiligt sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit unterschiedlichen Aktivitäten am Equal Pay Day und wirbt Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Restaurants etc., die bereit sind 20 Prozent Nachlass auf diverse Produkte den Kundinnen anzubieten, um auf die Missstände bezüglich der ungleichen Lohnverhältnisse der Geschlechter aufmerksam zu machen. Dafür werden Equal Pay Day Postkarten gedruckt und rote Stoffbeutel mit Aufdruck an die Bürgerinnen verteilt. Außerdem werden themenrelevante Fachtagungen durchgeführt.



### 3.6 Öffentlichkeitsarbeit – Fachtagungen und Veranstaltungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

#### 3.6.1 Frauenmärz-Aktivitäten (siehe auch 3.6.2)

Im Berichtszeitraum 2016-2021 wurden in Kooperation mit dem FrauenNetzwerk Friedrichshain-Kreuzberg und dem Frauenprojekteplenum im gesamten März im Rahmen des Friedrichshain-Kreuzberger Frauenmärzes eine Reihe von Fachveranstaltungen, Workshops, Seminare, Projektvorstellungen sowie sozio-kulturelle Angebote unter dem Motto Arbeitsmarktpolitik, Interkulturelle Öffnung, Soziale Kompetenzen entwickelt, die von den Bürgerinnen des Bezirkes aber auch Berlin weit gut frequentiert wurden.

#### 3.6.2 Übersicht über Fachtagungen und Veranstaltungen 2016

**7.3.2016** Frauenmärz 2016 Ausstellung „Gleichstellung weiter denken“. Ein Leitbild Gleichstellung im Land Berlin

#### Fachtagung



#### „Frauen und Armut

Schwerpunkte waren: Wenn Frauen und Arme sich verbünden ..."

Ein historischer Rückblick auf Frauenarmut und Selbsthilfe mit Altersarmut von Frauen – vor programmiert, aber vermeidbar...

Nur eine gute berufliche Einbindung erlaubt eine gute Alterssicherung.

Hannelore Buls/Vorsitzende des Deutschen Frauenrats

Kind/er und Beruf, – verflixt noch mal, das muss ich doch schaffen!“

Die größten Fettnäpfchen bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienwunsch.

Wohnungsnot – Aspekte weiblicher Lebensrealität

Armut bei Migrantinnen

Die Auswirkungen von Armut bei Migrantinnen

Frauenarmut im Bezirk!?



Referentinnen: Claudia von Gelieu, Hannelore Buls

(Vorsitzende des Deutschen Frauenrats), Liz Schmidt (Bürgerdeputierte,

Mitglied in der Seniorenvertretung), Margaretha Müller (SHIA), Laura

Harmsen und Stefanie Gummert (mitHilfe GmbH), Felicia Konstantin (TIO-Treff

und Informationsort für Frauen), Akne Overbeck (BCA) und Petra Koch-Knöbel (GleichB)

- 16.3.2016 Filmvorführung, Frauenfrühstück im NH:  
Woher kommst du? Alltagsdiskriminierung in Deutschland  
Antonia Lerch (Dokumentarfilm)
- 21.4.2016 Fachveranstaltung: Unternehmen im Dialog  
(SHIA, KOBRA, GleichB)
- 23.5.2016 Frauenprojekteplenum  
(bei Mariposa im Bayouma-Haus)  
Vorstellung der integrationspolitischen Arbeit im Bezirk (Anna Kuntze),  
Arbeit der Stadtteilmütter mit den Flüchtlingsfamilien (Songül Susem-Kessel)
- 23.- 24-6.16 Feminismus-Kongress  
Frauenstadtrundgang (Dr. Andrea Heubach, Frauentouren)  
Historischer Rückblick auf den Feminismus im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg,  
Impulsreferat: Prof. Miriam Gebhardt, Uni Konstanz  
Strafverfolgung von Sexualdelikten (Prof. Dr. Ulrike Lembke)  
Was verdienen Frauen? (Anja Weusthoff, Bundesvorstand DGB)  
Feminismus und Sexarbeit (Marlen Kreuz (Hydra e.V.)  
Alter und neuer Feminismus (Cristina Perincioli, Regisseurin und Autorin)  
(Magda Albrecht, Politische Bildnerin, Bloggerin, Musikerin)  
Die biologische Uhr, die nicht tickt (Sarah Diehl, Schriftstellerin)
- 24.11.2016 Frauennetzwerktreffen  
Thema: Selbstmanagement (Frau Hering, Dir. 4)
- 26.11.2016 Fachtagung  
„Geflohen, Weiblich, Schutzlos“  
(Kooperationsveranstaltung), NHU

- 28.11.2016 Fahnenhissung Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen  
**Fachtagung „Häusliche Gewalt und die Folgen“**  
 Gewaltschutzambulanz – Vertrauliche Spurensicherung für Opfer von sexualisierter Gewalt (Fr. Dr. Etzold)  
 Sexuelle Gewalt – Statistik, Umgang und Prävention (Maria Noe, LARA)

## 2017

- 13.03.2017 Fachtagung „Teilzeit – Sprungbrett oder Armutsfalle?!“  
 Teilzeitarbeit: verlockende Falle? (Dagmar König, Mitglied im Bundesvorstand von ver.di)  
 Ute Kathmann und Sabine Ahlhoff (ArbeitGestalten Bratungsgesellschaft mbH.  
 In Teilzeit qualifizieren, um in Vollzeit zu starten (Isabell Pook, Verena Baer, Meco Akademie Berufskolleg GmbH)  
 Und was macht das Jobcenter....? (Anke Overbeck)  
 MoKis – öffentlich gefördertes Modellprojekt (Susan Ilte, Mitarbeiterin MoKis)
- 19.04. –  
 28.04.17 Ausstellung HEROES
- 08.05.2017 Frauenprojekteplenum  
 VAHA „Treff für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund“ (Ebru Bakir, BAHAR e.V., VAHA Mädchen- und Frauenetage)  
 Vorstellung Fachstelle Fonds Sexueller Missbrauch BMFSFJ (Regina Kalthegener, Leiterin der Geschäftsstelle Ergänzendes Hilfesystem)
- 26.06.2017 Frauenprojekteplenum  
 Vorstellung des Heimwegtelefons (Frances Berger und Anne Barten)  
 Opferhilfe (Eva Birthler)  
 Silberstreif – Krisendienste für Frauen e.V. (Monika Nobs)
- 01.10.2017 – 27.10.2017  
 Ausstellung „Handwerk – starke Berufe für Berliner Frauen“ (Sabine Schnurbusch, Kompetenzzentrum für Handwerkerinnen)
- 13.10.2017 Frauennetzwerktreffen (Frau Hering, Direktion 4)
- 2011.2017 Fachtagung  
 Familienvielfalt – alles klar?  
 Wie Familienvielfalt gelebt und welche Unterstützung benötigt wird (Margaretha Müller, SHIA e.V.)
- 27.11.2017 Fachtagung und Ausstellungseröffnung

Intervention bei Gewalt gegen Mädchen und Frauen in traditionelle-patriarchalen Familien  
 Ausstellung HEROES parents  
 Vortrag zur Intervention bei Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen in traditionelle-patriarchalen Familien (Petra Koch-Knöbel)  
 Vortrag zum Thema „Mindestheiratsalter 18 – das neue Gesetz gegen Frühehen (Maja Wegener, Fachbereichsleiterin, TdF  
 Vortrag: Kein Mädchen darf einfach verschwinden (Birim Bayam, Papatya)

## 2018

- 07.03.2018 Fachtagung  
 „Religiöse und andere konservative Entwicklungen, die auf Mädchen und junge Frauen negative Auswirkungen haben“  
 (Türkischer Frauenverein, Netzwerk Forum Berliner Migrantinnenprojekte, Levet Konca, HEROES)
- 12.03.2018 Frauenmärz  
 Fachtagung „Arbeitslosigkeit macht krank – Arbeit manchmal auch?“  
 Wenn Arbeit krank macht - Beispiele und Handlungsmöglichkeiten – (Susanne Schroeder, Fachärztin für Allgemeinmedizin, Netzwerk Frauengesundheit)  
 Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigungen von Frauen versus gesundheitliche Beeinträchtigungen (Rike Schulz (FFGZ)
- 11.06.2018 Frauenprojekteplenum  
 Vortrag: „Sind Rechtspopulismus und Antifeminismus eine Bedrohung unserer Gleichstellungspolitik?“ (Frau Triems, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes)
- 29.10.2018 Frauenprojekteplenum  
 Vorstellung der Notübernachtung für Frauen „Mitten im Kiez“  
 (Svenja Kelsen, Leitung Notübernachtung für Frauen)  
 Bericht über die Veränderungen des neuen Prostitutionsgesetzes (Petra Kolb, HYDRA)
- 09.11.2018 bis 16.11.2018  
 Fachveranstaltung „100 Jahre Frauenwahlrecht“  
 Kooperationsveranstaltung GleichB, IntB und BehB  
 Vortrag und Diskussionsveranstaltungen, Filmpräsentation und Fahrt zum Clara-Zetkin-Museum (siehe Flyer)
- 16.11.2019 Filmpräsentation „Sufragetten – Taten statt Wort“, anschließende Diskussionsveranstaltung

## 2019

16.01. -18.02.2019

**Ausstellung der Kampagne „Gleichstellung weiter denken. Ein Leitbild für das Land Berlin“** der Geschäftsstelle Gleichstellung der Senatsverwaltung  
Gesundheit, Pflege, Gleichstellung

30.01.2019

Inhouse-Fortbildung  
Gender Mainstreaming in der Kommunalverwaltung  
Frau Gottwalles Consulting

11.03.2019

Frauenmärz Fachtagung  
„Digitale Gewalt gegen Frauen –Cybermobbing und Cyberstalking“  
Jenny Kerstin Bauer

25.03.2019

Frauenprojekteplenum  
Vorstellung der LSBTI\*-Krisenwohnung

14.05. - 29.05.2019

Finissage  
Frühling der Frauen  
In Kooperation mit der Städtepartnerschaft Derik

22.05.2019

Fachveranstaltung  
Frauenrechte in den Menschenrechtsverträgen  
Prof. Ulrike Lembke

08.07.2019

Frauenprojekteplenum  
Umsetzung der Istanbul Konvention

12.08.2019

Frauenprojekteplenum  
Arbeitsmarktpolitik  
MINT-Berufe

18.11.2019

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen  
Filmpräsentation „Nur eine Frau“ Film über Hatun Sürücü

## 2020

07.02.2020

Gedenkveranstaltung zum 15. Todestag von Hatun Sürücü  
Kranzniederlegung und Fachveranstaltung „Erinnerung an Hatun Sürücü – für Frauenrechte und ein selbstbestimmtes Leben“

(Berliner AK gegen Zwangsverheiratung)

09.03.2020 Fachtagung zum Frauenmärz  
 „Digitalisierung besser machen!“  
 In Kooperation mit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt  
 des Jobcenters und dem FrauenComputerZentrumBerlin

Der geplante Fachtag zum Umgangsrecht bei häuslicher Gewalt im Kontext der Istanbul Konvention musste leider aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Dieser findet am 10.3.2021 in digitaler Form statt.

### 3.7 Gleichgeschlechtliche Lebensweisen

**Der Bezirk unterstützt Aktionen gegen Homophobie** und fördert queere Arbeitsgruppen, Initiativen und Projekte sowie spezifische Angebote für ältere lesbische Frauen und schwule Männer. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aktualisiert in regelmäßigen Abständen die Übersicht über bezirkliche und teilweise überbezirkliche Krisen- und Beratungsangebote für LSBTI\*-Menschen. (derzeit in Bearbeitung)

Um den Interessen und Wünschen von Transgender-Menschen zu entsprechen wurden **UNISEX-Toiletten in Dienstgebäuden** eingerichtet.

Leider haben wir auch in unserem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg LSBTI\* feindliche Gewalt zu konstatieren. Das Projekt MANEO hat dazu Zahlen für das Jahr 2019 getrennt nach den Ortsteilen Friedrichshain und Kreuzberg erhoben.

Außerdem wurde für den Jahresbericht eine Differenzierung in allgemein LSBTI\*-feindlich, schwulenfeindlich, trans\*feindlich und lesbenfeindlich vorgenommen.

LSBT\*-feindliche Gewalt in Friedrichshain-Kreuzberg: 79 (34/45) Fälle  
 Schwulenfeindliche Gewalt in Friedrichshain-Kreuzberg: 52 (24/28) Fälle  
 Trans\*feindliche Gewalt in Friedrichshain-Kreuzberg: 18 (7/11) Fälle  
 Lesbenfeindliche Gewalt in Friedrichshain-Kreuzberg: 8 (2/6) Fälle

Quelle: MANEO Jahresbericht 2019, S. 104f.

[http://www.maneo.de/fileadmin/user\\_upload/dateien/dokumentationen/MANEO-Report-2019-Teil1-online.pdf](http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/dokumentationen/MANEO-Report-2019-Teil1-online.pdf) Alle weiteren Teile hier: <http://www.maneo.de/infopool.html>

### 3.8 Implementierung von Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung und bezirkliches gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm



Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg blickt auf eine langjährige aktive Gleichstellungs- und Genderpolitik zurück. Bereits 1999 – noch vor dem Senatsbeschluss zur Implementierung von Gender Mainstreaming als landesweite Gleichstellungsstrategie – hat die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit einer genderpolitischen Untersuchung zur Nutzung öffentlich geförderter Sportanlagen begonnen. Der Bezirk hat gleichstellungs- und frauenpolitische Leitlinien entwickelt, die kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Gleichstellungspolitik ist in allen Abteilungen des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg mit konkreten Vorhaben und Maßnahmen in das Verwaltungshandeln integriert. Zahlreiche Beschlüsse zu genderpolitischen Themen unterstreichen die kontinuierliche und fachlich intensive Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes im Bezirk.

Die für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg formulierten Gleichstellungspolitischen Vorhaben wurden insgesamt mit guten Ergebnissen realisiert, die in den Senatsberichten zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm Berlins aufgeführt sind.

Als Gender- und GPR-Beauftragte koordiniert die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte den Prozess zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und berät die Fachabteilungen zu genderpolitischen Maßnahmen, Projekten, der Beantragung von Mitteln für die externe Genderberatung sowie für Projekte in den fünf Handlungsfeldern des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms.

Einige Genderprojekte sollen in diesem Kontext erwähnt werden. Detaillierte Informationen können aus den einzelnen Fachabteilungen angefordert werden.

Aufgrund der Vielfalt der Genderprojekte wurde nur eine Auswahl von gleichstellungspolitischen Vorhaben abgebildet.

## **Sportförderung**

Im Jahr 2003 wurde der Arbeitskreis für Mädchen\*- und Frauen\*sportförderung gegründet, der ein Zusammenschluss von Vertreter\*innen aus Politik, Verwaltung, Vereinen und interessierten Akteur\*innen<sup>1</sup> aus dem Sport in Friedrichshain-Kreuzberg ist.

Damals wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, ein erheblicher Handlungsbedarf für den Sport von Mädchen\* und Frauen\* identifiziert und eine Handlungsstrategie entwickelt. Der Handlungsbedarf besteht weiterhin. Als gemeinsame Vision will der AK strukturelle Probleme, die Frauen\* und Mädchen\* den Zugang zum organisierten Sport erschweren, identifizieren und beheben.

Im Schul- und Sportamt, Fachbereich Sport, findet eine kontinuierlich spezielle Förderung des Frauen- und Mädchensports statt, da Frauen und Mädchen in Sportvereinen immer noch stark unterrepräsentiert sind. Die bezirkliche Geschäftsstelle Gender Mainstreaming ist weiterhin fester Bestandteil des Fachbereiches Sports, die sich speziell um gleichstellungspolitische Aufgaben kümmert. Der Arbeitskreis zur Förderung des Mädchen- und Frauensports tagt regelmäßig (monatlich) und erfreut sich ständig neuer Impulse und Ideen auch durch neue Mitglieder. Die externe Genderberaterin Frau Dr. Dorit Meyer steht seit vielen Jahren für die genderpolitische Ausrichtung der Sportförderung als kompetente

Ansprechpartnerin zur Verfügung. Zahlreiche Projekte wurden in der Vergangenheit erfolgreich umgesetzt.

Ziel ist es, die Ansätze, Ziele und Angebote des Mädchensports, der seit Jahren im Bezirk unterstützt und gefördert wird, sichtbar zu machen.

**Handlungsleitend** für die Zusammenstellung dieser Berichte war der Ansatz, Mädchensport im Bezirk und darüber hinaus in seiner Pluralität und Vielfältigkeit zur Darstellung zu bringen. Auf diese Art und Weise sollen nicht nur weitere und zukünftige Trainerinnen ermutigt werden, sich im Sport mit Mädchen zu engagieren, sondern diese Zusammenstellung soll gleichfalls auch anderen interessierten Trainern und Trainerinnen und ihren Vereinen als Anregung dienen, den Sport mit Mädchen weiter zu fördern und auszubauen.

Als Anerkennung und Anreiz für ein verstärktes Engagement der bezirklichen Sportvereine im Hinblick auf ihr Engagement zur Förderung des Mädchen- und Frauensports wird seit einigen Jahren der **Förderpreis vom Fachbereich Sport** ausgeschrieben. Mit diesem Preis soll das besondere Engagement von Frauen im Mädchen- und Frauensport anerkannt werden.

Hier wird den Mädchen eine große Vielfalt an Bewegungs- Sportangeboten auch in „frauenuntypischen“ Sportarten mit Vorführungen und Workshops geboten.

Der Arbeitskreis unterstützt derzeit tatkräftig das große **internationale Event „Discover Football“**. Es handelt sich um ein Frauen-Fußball-Kulturfestival.

**Bei der Sanierung von Sportanlagen** findet, soweit die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind, eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen statt. Der Zuwendungstitel der Sportförderung enthält ein Zweckbindungsvermerk, dass 5.000.- € speziell zur Förderung des Mädchen- und Frauensports zu verwenden sind. . Damit wurde ein wirksames Instrument geschaffen, Sport- und Bewegungsangebote für Frauen und Mädchen tatsächlich abzusichern und zu realisieren.

Insgesamt blickt der Fachbereich Sport des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg Ende des Jahres 2020 auf eine 17-jährige erfolgreiche Umsetzung der Förderung des Frauen- und Mädchensportes zurück. Im Laufe der Umsetzung des Förderschwerpunktes konnten vor allem auf der operativen Ebene zahlreiche (unterschiedliche) Sportangebote für Mädchen und Frauen durchgeführt werden.

[Zusammenfassung Pilotprojekt Gender Mainstreaming](#)

[Bericht zur Konzeptionellen Weiterentwicklung des Frauen- und Mädchensports im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 2012](#)

[Illuminationen des Mädchensports im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 2015](#)

### **Gender Budgeting-Prozess im Bezirk**

Durch die Serviceeinheit Finanzen zum **Gender Budgeting-Prozess des Bezirkes**

**Friedrichshain-Kreuzberg** an SenFin wurde eine umfangreiche Darstellung von Gender Budgeting-Maßnahmen unter den Aspekten Genderpolitische Ziele und Darstellung der Instrumente zur Erreichung der genderpolitischen Ziele erarbeitet, die ich an dieser Stelle nicht wiederholen möchte. Der Bericht belegt, dass die Verwaltungsbereiche des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg unterschiedlich intensiv mit gendersensiblen

Aufgaben betraut sind. Neben internen Bereichen ohne nennenswerte Kund\*innenkontakte existieren im Bezirk beispielsweise mit den Leistungsbereichen in den Bürgerämtern, im Sozialamt und Jugendamt Einrichtungen, die unmittelbar mit genderpolitischen

Auswirkungen auch außerhalb der unmittelbaren Einflussnahme der direkten Sachbearbeitung befasst sind.

Anders ist es in Bereichen mit Angebotsnachfrage z.B. im Bereich Sport, dem Amt für Weiterbildung Kultur, dem Grünflächenamt oder den sozialen Angeboten im Sozial- und Jugendamt. Hier spielt die Steuerung im Hinblick auf Veränderungen mit dem Ziel der besseren Erreichung der Gleichstellungsziele eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Am 7.3.2016 wurde im Rahmen des Frauenmärzes 2016 die **Ausstellung „Gleichstellung Weiter denken“** im ehemaligen Rathaus Kreuzberg gezeigt und das **Leitbild Gleichstellung im Land Berlin** der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Kampagne ist eine hervorragende öffentlichkeitswirksame Maßnahme Gleichstellungspolitische Bestrebungen des Landes Berlin einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben, zum Nachdenken anzuregen, auf Defizite, Ziele und auch Erfolge hinzuweisen. Wenn auch aufgrund des begrenzten Platzangebotes nur einige Module gezeigt werden konnten, so werden wir demnächst auch die größere Variante der Ausstellung nutzen. Insgesamt wurde das Leitbild „Gleichstellung im Land Berlin“ und die Plakatausstellung mit großem Interesse von Bürger/innen, Fachtagungsteilnehmer/innen als auch Beschäftigte des Bezirkes wahrgenommen. Unser Bezirk liefert im Rahmen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms der Senatsverwaltung GPG in regelmäßigen Abständen eine Berichterstattung bezüglich aller Genderaktivitäten des Bezirkes weiter. Eine detaillierte Zusammenstellung der bezirklichen Genderprojekte würde den Rahmen der Berichterstattung über die Bilanz der Frauen- und Gleichstellungsarbeit des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg sprengen und ist unter folgendem Link bei SenGPG abrufbar.

<https://www.berlin.de/sen/frauen/gleichstellung/berichterstattung/>

Am 30.01.2019 fand eine durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten initiierte Inhouse-Fortbildung für Beschäftigte und Nachwuchskräfte zu Gender Mainstreaming in der Kommunalverwaltung mit der Referentin Frau Gottwalles (Consulting, Systemische Organisationsentwicklung mit Gender- und Diversitykompetenz) statt. Zeitgleich wurde die multimediale komplette Ausstellung der Kampagne „Gleichstellung weiter denken. Ein Leitbild für das Land Berlin“ der Geschäftsstelle Gleichstellung der SenGPG gezeigt.

<https://www.berlin.de/sen/frauen/gleichstellung/berichterstattung/>

#### 4. Fazit

Aus der Frauenbewegung der vergangenen vier Jahrzehnte entwickelten sich in unserem Bezirk eine Reihe von frauenspezifischen Projekten, Initiativen, Frauengruppen und Vereinen, die durch ihre Vernetzung zu einem wichtigen Bestandteil der sozialen und frauenpolitischen feministischen Infrastruktur geworden sind. Gerade in einer Zeit, wo die Existenz vieler Frauenprojekte aufgrund restriktiver Finanzvorgaben des öffentlichen Haushaltes gefährdet ist, ist es mir ein Anliegen - unter dem Aspekt der Effizienz und Effektivität -, auf die Notwendigkeit der Mädchen- und Frauenprojekte in den Ortsteilen Kreuzberg und Friedrichshain hinzuweisen.

Der vorliegende Gleichstellungspolitische Bilanzbericht hat nicht nur die Intention einer Ist-Analyse, sondern setzt sich auch kritisch mit der sozialen Lage von Mädchen und Frauen in unserem Bezirk auseinander. Die verschiedenen frauenpolitischen Gremien im Bezirk, die

von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten initiiert wurden, erarbeiten Handlungsleitlinien und Vorschläge zur Verbesserung der Sozialstruktur von Mädchen und Frauen.

Die Corona-Pandemie bedeutet für Frauen - insbesondere für Alleinerziehende - durch die enormen Einschränkungen, die durch Kita- und Schulschließungen und der Vereinbarung von Beruf und Familie entstehen, eine besondere Belastung.

Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt ist im Lockdown der Corona-Pandemie ein ernstzunehmendes Problem.

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat laut SenGPG im Vergleich zum Vorjahr im Bereich der häuslichen Gewalt einen leichter Anstieg der Verfahren verzeichnet. Seit dem Jahr 2017 ist die Zahl der Verfahren wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stetig gestiegen. Eine abschließende Auswertung der Statistik für das Jahr 2020 durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung erfolgt im ersten Quartal 2021.

Nach Aussagen der Polizei hat sich die Anzahl der Fälle innerfamiliärer/partnerschaftlicher Gewalt im Auswertungszeitraum (2.-48- KW) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 13.700 auf 14.051 Fälle erhöht. Dies entspricht einem Anstieg um insgesamt 351 Fälle (+2,6 Prozent). Der festgestellte Anstieg konzentriert sich dabei überwiegend auf den Zeitraum vor dem Beginn der SARS-CoV-2 Eindämmungsmaßnahmen (+ 6,4 Prozent). Sowohl im Zeitraum während der ersten SARS-CoV-2 Eindämmungsmaßnahmen als auch nach den Lockerungen wurde dagegen nur ein geringer Anstieg der Fallzahlen verzeichnet (+ 1,8 Prozent bzw. + 2,2 Prozent).

Das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen, das gewisse Rückschlüsse auf das Dunkelfeld zulässt, verzeichnet wiederum eine höhere Inanspruchnahme nach dem ersten Lockdown: Nach den ersten Lockerungen im April gab es einen Anstieg der Anrufe bei der BIG-Hotline (Berliner Initiative gegen an Frauen – BIG e.V.) um 33% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In den Monaten März bis September lag das Anrufaufkommen um 13% höher als im Vergleichsmonat 2019. Auch die von der SenGPG eingerichteten Notunterbringungsplätze (aktuell 205, 55 davon werde als reguläres Frauenhaus nachhaltig weiterbetrieben) werden stark in Anspruch genommen.

Dieses Gesamtbild deckt sich mit den Erfahrungen des bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, das ebenfalls deutlich häufiger angerufen wird. Die Gewaltschutzambulanz der Charité Berlin hat im Juni 2020 berichtet, dass 30 % mehr Fälle von häuslicher Gewalt und Kindesmisshandlung verzeichnet worden sind.

Ziel der frauenpolitischen Arbeit im Bezirk ist es sich auch in den nächsten Jahren den aktuellen Themen zu widmen.

So ist geplant in Kooperation mit weiteren Expert\*innen den Stand der Umsetzung der Istanbul Konvention in unserem Bezirk zu verfolgen, ein Projekt mit den Discountern (Aldi, Rewe, Lidl, EDEKA etc.) zu entwickeln, um Informationsflyer und Infomaterialien für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen dort auszulegen. Es werden alle Hausarzt- und Gynäkologischen Praxen im Bezirk mit der Infobroschüre „Beratungs- und Anlaufstellen für

Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen – Häusliche und sexualisierte Gewalt, Zwangsverheiratung, Gewalt in der Sexarbeit/Prostitution, Menschenhandel, Stalking versorgt. Des Weiteren ist für das Jahr 2021 geplant einen Notrufflyer für wohnungslose und von Obdachlosigkeit betroffene Frauen sowie eine gesonderte Informationsbroschüre zu erarbeiten.